



Detailansicht des Registereintrags

Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e. V.

Stand vom 04.11.2024 13:00:52 bis 08.07.2025 14:48:14

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002030
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	04.11.2024
Letzte Jahresaktualisierung:	28.06.2024
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Helmholtzstraße 19 40215 Düsseldorf Deutschland</p>

Telefonnummer: +49211913801000
E-Mail-Adressen:
service@verbraucherzentrale.nrw
Webseiten:
www.verbraucherzentrale.nrw

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Wolfgang Schuldzinski**

Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (31):

1. **André Juffern**

2. **Dr. Martin Kuhne**

3. **Stephanie Heise-Künne**

4. **Petra Maier**

5. **Melanie Schliebener**

6. **Thomas Bradler**

7. **Carina Lichtenberg**

8. **Birgit Vorberg**

9. **Christoph Zerhusen**

10. **Pamela Wellmann**

11. **Dr. Iris van Eik**

12. **Manuela Duda**

13. **Susanne Voss**

14. **Rafael Lech**

15. **Beate Fackeldey**

16. **Dr. Marle Kopf**

17. **Sigrun Krümmel**

18. **Martin Wulf**

19. **Christiane Grote**

20. **Manuel David**

21. **Rita Reichard**

22. **Bernhard Burdick**

23. **Kerstin Effers**

24. **Felix Flosbach**

25. **Marie Hartmann**

26. **Heike Hirschmann**

27. **Dr. Ingrid Majid**
28. **Silvia Monetti**
29. **Thomas Zwingmann**
30. **Dr. Christian Bala**
31. **Wolfgang Schuldzinski**

Gesamtzahl der Mitglieder:

32 Mitglieder am 08.03.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (6):

1. Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
2. KlimaDiskurs.NRW
3. BAGSO - Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V.
4. Deutsche Gesellschaft für Reiserecht (DGfR)
5. Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V.
6. Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (27):

Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Allgemeine Energiepolitik; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Cybersicherheit; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Urheberrecht; Werbung; Zivilrecht; Pflegeversicherung; Rente /Alterssicherung; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Personenverkehr; Schienenverkehr; Verkehrspolitik; Bank- und Finanzwesen; Verbraucherschutz; Versicherungswesen; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Gemäß ihrer Satzung verfolgt die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, unter Berücksichtigung des Allgemeinwohls, den Zweck, die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher wahrzunehmen, den Verbraucherschutz zu fördern, die Stellung der Verbraucherinnen in der sozialen Marktwirtschaft zu stärken und zu einer Entwicklung nachhaltigen Konsums beizutragen. Eine der in der Satzung konkret festgeschriebenen Aufgaben lautet, die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber der Politik, Verwaltung, Wirtschaftsorganisationen und Anbietern sowie in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Hierzu werden auch direkte Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie

Vertreterinnen und Vertretern von Bundesministerien geführt, in denen systematische Problemlagen der Verbraucherinnen und Verbraucher in verschiedenen Bereichen des Konsumlebens verdeutlicht werden und aufgezeigt wird, wie diesen auf gesetzgeberischer oder exekutiver Ebene begegnet werden kann. Ebenso werden zu diesem Zweck direkte Anschreiben an den genannten Personenkreis gerichtet.

Zu konkreten Regelungsvorhaben werden zudem regelmäßig auch Stellungnahmen erarbeitet und übermittelt - teilweise in Kooperation mit Partnerorganisationen. Vereinzelt werden auch Abgeordnete des Bundestags sowie Vertreterinnen und Vertreter von Bundesministerien zu Diskussions- oder sonstigen Fachveranstaltungen eingeladen oder auf Veranstaltungen Dritter direkt adressiert.

Konkrete Regelungsvorhaben (14)

1. **Beschränkung des datenschutzrechtlichen Auskunftsrechts im Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) verhindern**

Beschreibung:

Ziel ist es zu verhindern, dass sich Unternehmen bei der Geltendmachung von Betroffenenrechten zu leicht auf Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse berufen können und Verbraucher:innen dadurch in ihren Betroffenenrechten enorm beschnitten werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10859 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BDSG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406270110** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **Datenschutz bei automatisierter Entscheidungsfindung und Profiling sicherstellen**

Beschreibung:

Ziel ist es, dass die Verbraucher:innen die Wahl haben, ob Unternehmen ihre persönlichen Daten für automatisierte Entscheidungen verwenden dürfen. Zudem muss sichergestellt werden, dass Unternehmen den betroffenen Verbraucher:innen eine verständliche und transparente Information über die involvierte Logik sowie die Tragweite und Auswirkungen solcher automatisierter Entscheidungsprozesse zur Verfügung stellen müssen, damit fehlerhafte Ergebnisse erkannt werden können.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10859 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BDSG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

3. Verbraucherschutz bei der Post- und Paketzustellung sicherstellen

Beschreibung:

Ziel ist es, den Post- und Paketlauf für Verbraucher:innen nachvollziehbar und mit fair verteilten Verantwortlichkeiten zu gestalten.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10283 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Modernisierung des Postrechts (Postrechtsmodernisierungsgesetz - PostModG)

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

PostG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

4. Haustürgeschäfte nur nach vorheriger Einwilligung ermöglichen

Beschreibung:

Ziel ist es, Haustürgeschäfte einer vorherigen ausdrücklichen Einwilligung zu unterwerfen, um Verbraucher:innen vor ungewollten Verträgen zu schützen.

Interessenbereiche:

Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

5. Regulierung des Influencer-Marketings auf Social Media für Werbung mit Gesundheitsbezug

Beschreibung:

Ziel ist es, Verbraucher:innen auf Social-Media-Plattformen besser vor unzulässiger Gesundheitswerbung zu schützen, indem - angelehnt an das französische "Influencer-Gesetz"

- retuschierte Bilder gekennzeichnet werden und von außerhalb der EU werbende Unternehmen einen gesetzlichen Vertreter in Deutschland benennen müssen.

Betroffenes geltendes Recht:

UWG 2004 [alle RV hierzu]; HeilMWerbG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

6. Regulierung der sog. 24-Stunden-Betreuung durch ausländischen Haushalts- und Betreuungskräfte

Beschreibung:

Es soll Transparenz und Rechtssicherheit für Verbraucher:innen hergestellt werden, indem die häusliche 24-Stunden-Betreuung als eigenständige Versorgungsform neben der ambulanten und stationären Pflege rechtlich klar geregelt wird. Dabei müssen qualitative Mindeststandards für diese Betreuungsform festgelegt, fachliche Anforderungen für Vermittlungsagenturen definiert und sie in das SGB XI integriert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

ArbZG [alle RV hierzu]; SGB11ÄndG 1 [alle RV hierzu]; AÜG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Pflege [alle RV hierzu]

7. Regulierung von Inkassokosten

Beschreibung:

Auf Basis der vom BMJ durchgeführten Evaluation des "Gesetzes zur Verbesserung des Verbraucherschutzes im Inkassorecht" aus 2021 soll weiterhin darauf hingewirkt werden, überhöhte Inkassokosten zu reduzieren. Darüber hinaus besteht nach wie vor Handlungsbedarf, grundlegende strukturelle Probleme im Inkassowesen, wie Konzerninkasso oder fiktiver Schadensersatz, anzugehen.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]; RDG [alle RV hierzu]; RVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

8. Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung schaffen

Beschreibung:

Der Zugang zu qualifizierten Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen soll für alle einschlägigen Zielgruppen flächendeckend gewährleistet werden. Ziel ist die Schaffung eines Rechtsanspruches auf Schuldnerberatung für alle betroffenen Verbrauchergruppen - zeit- und ortsnah. Die in der aktuellen EU-Verbraucherkreditrichtlinie verlangte Sicherstellung entsprechender Angebote durch die Mitgliedstaaten muss in deutsches Recht umgesetzt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 12 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

9. Verbesserung des Schutzes vor Überschuldung durch Kreditaufnahme

Beschreibung:

Überschuldung, vor allem im Bereich der zunehmenden digitalen Kreditangebote, soll dadurch verhindert werden, dass verbraucherschützende Regelungen der EU-Verbraucherkreditrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden. Dazu gehören u. a. Werbebeschränkungen und -verharmlosungen, eine Bonitätsprüfung für jede Kreditform und -höhe unter Einbeziehung von Einnahmen und Ausgaben, zeitnahe Unterstützungsangebote und geeignete Maßnahmen, um Kreditkündigungen zu vermeiden.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

10. Sicherstellung des Existenzminimums bei gepfändeten Girokonten

Beschreibung:

Ziel ist die weitere Anpassung der Regelungen zum Pfändungsschutzkonto, um das pfändungsgeschützte monatliche Existenzminimum für alle Familienkonstellationen barrierefrei sicherzustellen.

Betroffenes geltendes Recht:

ZPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

11. Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens in der Verbraucherinsolvenz erhalten

Beschreibung:

Im Zuge der Evaluation des "Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Anpassung pandemiebedingter Vorschriften im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins- und Stiftungsrecht sowie im Miet- und Pachtrecht" soll darauf hingewirkt werden, dass es bei der Verkürzung der Restschuldbefreiungsfrist auf 36 Monate bleibt.

Betroffenes geltendes Recht:

InsO [alle RV hierzu]; EGInsO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406270160](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BM) (20. WP) [alle SG dorthin]

12. Speicherfristen insolvenzbezogener Daten durch Wirtschaftsauskunfteien verkürzen

Beschreibung:

Die Speicherfristen insolvenzbezogener Merkmale durch private Auskunfteien sollen gesetzlich auf sechs Monate befristet sein. Dies soll auch die Speicherung von Merkmalen außergerichtlicher Einigungsversuche im Vorfeld einer Verbraucherinsolvenz umfassen.

Betroffenes geltendes Recht:

InsO [alle RV hierzu]; EGInsO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

13. Nationales Verbot von Einweg-E-Zigaretten

Beschreibung:

Einweg-E-Zigaretten sollen in Deutschland verboten werden, insbesondere um diesbezügliche Ressourcenverschwendungen, Achtlosigkeit bei der Entsorgung und Umweltverschmutzung zu beenden.

Betroffenes geltendes Recht:

ElektroG 2015 [alle RV hierzu]; KrWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2407290004](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

14. Gewährleistung digitaler Teilhabe für alle Verbraucherinnen und Verbraucher

Beschreibung:

Im Zuge des TK-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetzes wird angeregt, durch Anpassungen des Minderungsrechts und des Rechts auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten

(RaVT) sicherzustellen, dass für alle Verbraucherinnen und Verbrauchern ein ausreichender Zugang zu Telekommunikationsdiensten gewährleistet wird, um eine digitale Teilhabe zu ermöglichen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13171 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Telekommunikationsnetzen (TK-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz)

Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

TKG 2021 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2410160001 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.10.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (9):

1. **Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Recklinghausen

Betrag: 29.280.001 bis 29.290.000 Euro

Institutionelle Förderung

2. **Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Recklinghausen

Betrag: 3.070.001 bis 3.080.000 Euro

Förderung von Projekten

3. Kommunen in NRW

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
ganz NRW

Betrag: 13.090.001 bis 13.100.000 Euro

Förderung der Beratung in den Beratungsstellen in den einzelnen Kommunen

4. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 660.001 bis 670.000 Euro

Förderung von Projekten

5. Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Düsseldorf

Betrag: 300.001 bis 310.000 Euro

Förderung von Projekten

6. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 2.290.001 bis 2.300.000 Euro

Förderung von Projekten

7. Bundesverband der Verbraucherzentralen

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Düsseldorf

Betrag: 480.001 bis 490.000 Euro

Weiterleitung von Projektmitteln für Energieberatung und Mittel für die inhaltliche Zusammenarbeit der Verbraucherzentralen

8. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Düsseldorf

Betrag: 360.001 bis 370.000 Euro

Förderung von Projekten

9. Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Düsseldorf

Betrag: 630.001 bis 640.000 Euro

Förderung von Projekten

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

340.001 bis 350.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (10):

1. Sparkasse Bottrop

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Spende

2. Stadtwerke Duisburg

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Spende

3. Sparkasse Neuss

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Spende

4. Sparkasse Düren

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Spende

5. Sparkasse Essen

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

Spende

6. Sparkasse Gelsenkirchen

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Spende

7. Stadtwerke Herne

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Spende

8. Stadtwerke Krefeld

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Spende

9. Sparkasse Wuppertal

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Spende

10. WSW Wuppertal

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Spende

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[Bilanz-GuV-vom-WP.pdf](#)